

Politische Rekursinstanz in Wien

1871 - 1921

1862 erfolgte noch keine Trennung von Justiz und Landesverwaltung; die fürstliche Hofkanzlei in Wien fungierte wie früher sowohl als Rekursinstanz gegen Entscheidungen der Regierung wie auch als Appellationsinstanz gegen Urteile des Landrichters (§ 91 ff. der Amtsinstruktion von 1862). Die Trennung erfolgte mit der Amtsinstruktion von 1871. Die "politische Rekursinstanz" in Wien war für Beschwerden gegen Entscheidungen der Regierung zuständig. Sie galt nicht als Gericht, sondern als Verwaltungsbehörde und bestand aus einem Präsidenten und zwei Votanten, die die juristisch-politischen Studien absolviert haben mussten (§ 18 der Amtsinstruktion). Ernannt wurden sie vom Fürsten. Ab 1904 konnten "im Interesse der ungehinderten Amtsführung" auch mehr als drei Mitglieder ernannt werden (LGBI 1904 Nr. 3). Personell kam es zu Überschneidungen mit der Hofkanzlei. Die politische Rekursinstanz entschied allein aufgrund der eingesandten Akten. 1921 wurde sie durch die Verwaltungsbeschwerde-Instanz ersetzt.

GND:

Edition	Datum	Titel
Quellenedition 1900-1930	15.12.1909	<p>Albert Schündler als Berichterstatter der Gewerbekommission beantragt die Genehmigung der abgeünderten Regierungsvorlage zur neuen Gewerbeordnung durch den Landtag</p>
Quellenedition 1900-1930	19.06.1910	<p>Der Innsbrucker Gewerbeinspektor Hubert Stipberger referiert in Vaduz über die neue liechtensteinische Gewerbeordnung von 1910</p>
Quellenedition 1900-1930	10.01.1916	Die fürstliche Hofkanzlei erachtet sich für das österreichische Auslieferungersuchen betreffend den Deserteur Josef Sigismund Lorenzi als unzuständig
Quellenedition 1900-1930	18.01.1917	Landesverweser Leopold von Imhof weist die Forderung des bischöflichen Ordinariates auf Abänderung des Gesetzentwurfes über die Kongruaregelung zurück und beharrt ausserdem auf der staatlichen Strafgewalt über den Klerus
Quellenedition 1900-1930	12.11.1918	<p>Der Vorsitzende des provisorischen Vollzugausschusses, Martin Ritter, stellt im Landtag das "Regierungsprogramm" vor</p>
Quellenedition 1900-1930	26.04.1919	<p>Die Hofkanzlei fragt an, ob die österreichische Regierung mit der Errichtung einer liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien einverstanden ist</p>
Quellenedition 1900-1930	02.05.1919	Österreich stimmt der Errichtung einer liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien grundsätzlich zu
Quellenedition 1900-1930	20.06.1919	<p>Eine Deputation der Volkspartei unterbreitet Fürst Johann II. ihre Wünsche zur Verfassungsrevision</p>
Quellenedition 1900-1930	10.08.1919	Landesverweser Prinz Karl entwirft eine Amtsinstruktion für die liechtensteinische Gesandtschaft in Wien
Quellenedition 1900-1930	21.09.1919	Prinz Eduard schlägt dem Fürsten vor, dass der liechtensteinische Gesandte in Wien als Leiter der Aussenpolitik sowie als Schaltstelle zwischen dem Fürsten und der Regierung in Vaduz fungieren soll
Quellenedition 1900-1930	17.01.1920	Der Wiener Gesandte Prinz Eduard, die Regierung und die Landtagsabgeordneten debattieren über die Handelsbeziehungen mit Österreich, den Zollanschluss an die Schweiz und die Einführung der Frankenwährung
Quellenedition 1900-1930	12.05.1920	Die Anhänger der Christlich-sozialen Volkspartei sprechen sich in einer Grossveranstaltung gegen die Bestellung eines Ausländers in die Regierung sowie gegen die Ungleichbehandlung der Parteien aus
Quellenedition 1900-1930	29.03.1922	<p>Wilhelm Beck begründet die Verlegung der auswürtigen Gerichtsinstanzen nach Liechtenstein sowie die Abünderung der Zivil- und Strafprozessordnung</p>
Quellenedition 1900-1930	12.04.1922	<p>Wilhelm Beck kommentiert den Gesetzentwurf über die allgemeine Landesverwaltungspflege (1)</p>
Quellenedition 1900-1930	28.05.1922	Die "Neue Zürcher Zeitung" analysiert die Rechtsbeziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz und kommt u.a. zum Schluss, dass Schweizer Behördenmitglieder, wozu auch National- und Ständeräte zählen, keine Richterfunktionen in Liechtenstein wahrnehmen dürfen

Edition	Datum	Titel
Quellenedition 1900-1930	13.10.1922	Die Regierung unterbreitet Fürst Johann II. den Rechenschaftsbericht
Quellenedition 1900-1930	14.10.1922	<p>Die "Oberrheinischen Nachrichten" kündigen an, den Rechenschaftsbericht der Regierung zu veröffentlichen</p>